



NIEDERSCHRIFT

über die 20. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 21.06.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:23



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller



Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab 17.40 Uhr TOP 2 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein (Jugendamt)

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Kajetan Lis (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Mirko Bahm (Leiter Pressestelle)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Aydin Tas (Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Kurt Ludwig

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus

FWG

Dr. Peter Leydecker



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, warum die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 14 der öffentlichen Sitzung in keinem Ausschuss vorberaten worden sei.

Bürgermeister Hirsch erwiderte, dass man heute entweder beschließe oder das Geld verfallen lasse. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht. Der Bescheid des Landes sei am 6. Juni eingegangen, da habe man beim besten Willen keine Ausschusssitzung mehr vorschalten können.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 2 der nichtöffentlichen Sitzung an. Hier gehe es doch um einen nicht unerheblichen Betrag, der im Hauptausschuss vorbesprochen werden müsste.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
3. Wasserkonzession Stadt Landau
Vorlage: /010/2011
4. Anhebung Wasserpreis durch die Energie Südwest AG
Vorlage: /011/2011
5. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Generationenübergreifende Bewegungsplätze auf Gartenschau-Gelände
Vorlage: 101/118/2011
6. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Herstellung eines durchgängigen Gehweges
Vorlage: 101/119/2011
7. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Uta Stenger
Vorlage: 100/035/2011
8. Kontrollprüfung im Anschluss an die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Landau; Prüfungsmitteilungen vom 22. Februar 2008
Vorlage: 100/036/2011
9. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/045/2011
10. Gewerbepark "Am Messegelände"
Auffüllung der Grundstücksbereiche III 1, III 2 und III 3 mit rd. 18.000 m²
Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln
Vorlage: 200/046/2011



11. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 300/040/2011
12. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: 300/043/2011
13. Änderung der Vergnügungssteuersatzung
Vorlage: 300/042/2011
14. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaket im Rahmen der Änderung des Sozialgesetzbuches II; Erweiterung der Schulsozialarbeit
Vorlage: 510/032/2011
15. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "C 29 A - Studentenwohnen"
Vorlage: 610/107/2011
16. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses der 11. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C 29
Vorlage: 610/108/2011
17. Fortschreibung des Bauprogramms 2010 - 2013
Vorlage: 660/015/2011
18. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL
Vorlage: 860/093/2011
19. Erlass einer Fälligkeitensatzung des EWL
Vorlage: 860/095/2011
20. Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messegelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)
Vorlage: 860/098/2011
21. Lärmschutz in der Südstadt als Ordnungsmaßnahme gegen schädliche Umweltauswirkungen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd";
Gewährung von Zuschüssen an Hauseigentümer zu den Kosten für notwendige passive Lärmschutzmaßnahmen
Vorlage: 860/099/2011
22. Informationen Landesgartenschau
23. Verschiedenes



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen der anwesenden Einwohner.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte den Vorstand der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Waßmuth.

Herr Dr. Waßmuth sprach für das Jahr 2010 von einem guten, knapp über Plan liegenden Jahr. Es habe wenig Besonderheiten gegeben. Geprägt gewesen sei das letzte Jahr vom Engagement in regenerative Projekte. Zwei Photovoltaikanlagen seien in Bitburg und in Ahorn in der Nähe von Heilbronn errichtet worden. Man halte bei beiden Anlagen nur Anteile von 49 bzw. 24 %. Den Bürgern biete sich die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen.

Für 2011 plane man, etwa 5 Millionen Euro vor Steuern zu erwirtschaften. Wesentlicher Bestandteil sei der Umbau der Energieversorgung. Hierzu zähle die Entwicklung innovativer Objekte beispielsweise das gemeinsame Projekt von Wintershall und LaOla, mit dem etwa 25 % des Wärmebedarfs des LaOla gedeckt werden könne. Hier könne man in Zukunft gemeinsam mit den Kunden sicherlich noch mehr tun. Beschlossen habe man bereits zwei Beteiligungen an Windparks, einmal bei Trier und einmal an der Küste bei Bremen. Man könne den Bürgern in diesem Fall Strom anbieten, der direkt aus dieser Anlage komme. Die Beteiligung der Bürger an diesem Engagement sei eine Selbstverständlichkeit. Ziel sei es, bis 2020 den Kunden Strom zu liefern, der zu 100 % regenerativ erzeugt wird.

Die Geothermieanlage sei zu Jahresbeginn aufgrund eines Getriebebeschadens 2 Monate still gestanden. Auch dadurch bleibe die wirtschaftliche Lage weiter angespannt. Mit den Bürgerinitiativen zusammen habe man einen gemeinsamen Gutachter bestellt, der die seismischen Auswirkungen der Geothermie ermittle. Dieses Gutachten sei für die weiteren Entscheidungen maßgeblich.

Bei der Wassersparte betreibe man Instandhaltungen und Investitionen auf hohem Niveau. Die jährlichen Investitionen würden sich auf 1,5 bis 2 Millionen Euro belaufen. Parallel hierzu sei der Absatz beim Wasser leicht rückläufig. Unerfreulich sei, dass sich im Zeitraum seit 2006 das Eigenkapital um 540.000 Euro vermindert habe.

Ein weiterer Aspekt sei der Hochbehälter in Arzheim, der schon mehrfach saniert worden sei. Man habe nun nach Abwägung der verschiedenen Aspekte, insbesondere der Kostensituation und der Wirtschaftlichkeit, beschlossen, den Behälter grundlegend neu zu bauen. Dies werde etwa 5 Millionen Euro kosten.

Die letzte Preisanpassung beim Wasser sei zum 1. Juli 2007 gewesen. Wenn man die Rahmenbedingungen betrachte, sei es erforderlich den Wasserpreis zum 1. Juli 2011 um 0,20 € und zum 1. Januar 2013 nochmal um 0,10 € anzuheben. Der neue Preis liege dann bei 1,66 € je m³, unverändert bleibe der Grundpreis. Für einen einzelnen Haushalt bedeute dies eine Mehrbelastung zwischen 8 und 24 € pro Jahr. Es tue ihm leid, dies machen zu müssen. Wenn aber das Eigenkapital von Jahr zu Jahr kleiner werde, müsse man reagieren.

Zum 1. Juli 2012 sei ein neuer Konzessionsvertrag mit der Stadt ausgehandelt. Es gebe dort noch Ausweitungen in der Informationspflicht bei Baumaßnahmen. Die Stadt habe Vorteile durch die Verbesserungen bei der Folgekostenregelung. Weiter erhalte die Stadt den maximalen Kommunalrabatt von 10 % und die Vertragslaufzeit betrage 30 Jahre.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Konkretisierung der angespannten wirtschaftlichen Lage der geoX.

Herr Dr. Waßmuth bezifferte das Defizit im Jahr 2009 auf 1 Million Euro und im Jahr 2010 auf rund 600.000 Euro.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte weiter wissen, warum das sich abzeichnende Defizit von 2,2 Millionen Euro nicht früher erkannt worden sei.

Herr Dr. Waßmuth verwies auf die Zusage der Energie Südwest an die Bürger, dass bis 2010 keine Anhebung des Wasserpreises erfolgen werde. Natürlich habe man das sich abzeichnende Defizit erkannt, habe sich aber an die Zusage an die Bürger gebunden gefühlt.



Ratsmitglied Dr. Migl kritisierte die lange Laufzeit des Konzessionsvertrages. Dies sei angesichts von bundesweiten Reprivatisierungsbestrebungen zu lange.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass die Stadt ja zu 49 % Miteigentümer sei. Dies sei eine wirtschaftlich sinnvolle und innovative Lösung. Die Konzessionsverträge würden immer über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren geschlossen. Von der Länge der Laufzeit und der Ausgestaltung der Beteiligung habe die Stadt bisher profitiert und sie werde es auch weiter tun.

Ratsmitglied Kautzmann bescheinigte der Energie Südwest eine zukunftsgerichtete und innovative Leistung. Der vorgelegte neue Konzessionsvertrag sei transparent, die Länge der Laufzeit sei hierbei nachrangig.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte das Engagement im Bereich der regenerativen Energien. Ihn interessiere die Preisentwicklung im Ökostrombereich. Weiter wolle er wissen, ob das Thema Windkraft eine Option sei.

Herr Dr. Waßmuth verwies nochmals auf die Beteiligungen an den beiden noch weiter wegliegenden Windparks. Er würde es begrüßen, wenn die Energie Südwest die Möglichkeit bekäme, hier in der Region Windkraftanlagen zu errichten. Er selbst sei ein Fan davon, die Windkraftanlagen in den Wald zu stellen. Sicher nicht in der vordersten Reihe, sondern so weit zurückgestellt, dass die touristischen Belange nicht berührt seien.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, ob die Energie Südwest den Umbau der Energieversorgung eher regional und dezentral plane.

Herr Dr. Waßmuth war der Meinung, dass es letztlich die richtige Mischung machen werde. Grundsätzlich sei er ein Verfechter der dezentralen Lösungen. Allerdings werde man mit dezentralen Lösungen nicht die Energieversorgung von mehreren Industrieunternehmen sicherstellen können. Er gehe davon aus, dass man in der Übergangszeit sich auch mit dem Thema Erdgasversorgung auseinandersetzen müsse.

Ratsmitglied Schröer erkundigte sich, wie hoch die Mindestbeteiligung für Bürger an den regenerativen Energieanlagen sei.

Herr Dr. Waßmuth teilte mit, dass eine Beteiligung ab 500 Euro möglich sei.

Ratsmitglied Dott. Chillemi Jungmann stellte die Frage ob es richtig sei, dass niedrige Abnahme beim Wasser auch niedrigere Einnahmen bedeute. Dies würde bedeuten, dass es teurer werde, wenn man spare.

Herr Dr. Waßmuth erwiderte, dass dies in letzter Konsequenz genauso sei.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, ob es Erkenntnisse gebe, dass der Rückgang des Wasserverbrauchs mit Problemen im Kanal zusammenhängen könne.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass es seines Wissens beim Wassernetz keine Probleme mit dem Kanal gebe.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich, ob es Erkenntnisse gebe wie viele Stromkunden wegen des Bezugs von Atomstrom abgewandert seien.

Herr Dr. Waßmuth antwortete, dass man dies so genau nicht sagen könne. Er schätze dass es vielleicht ca. 300 sein könnten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Wasserkonzession Stadt Landau

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 25. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Es gebe in dem Vertrag eine Klausel, dass es für den Fall eines Wechsels des Mehrheitseigners bei der Energie Südwest ein Sonderkündigungsrecht der Stadt gebe. Dies stärke noch mal zusätzlich die Verhandlungsposition der Stadt. Herausheben wolle er auch, dass man die maximale Höhe der Konzessionsabgabe im Vertrag festgehalten habe.

Ratsmitglied Silbernagel erkundigte sich nach der praktischen Ausgestaltung des Sonderkündigungsrechtes.

Bürgermeister Hirsch erklärte, dass der Vertrag 30 Jahre laufe wenn er nicht nach 20 Jahren gekündigt werde.

Ratsmitglied Marquardt sah das Wasser als Menschenrecht. Daher lehne die UBFL eine Privatisierung aus ethischen Gründen ab. Zudem sei für ihn die Länge der Laufzeit inakzeptabel. 30 Jahre seien mehr als eine Generation. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Dr. Kopf sah einen ganz engen Korridor für die Preisgestaltung. Dies müsse konform sein mit dem Kommunalabgabengesetz. Die Bürger würden mit hervorragendem Wasser versorgt. Er gestehe zu, dass der Trend zurück zur Kommunalisierung gehe. In Landau sei es aber keine Privatisierung im eigentlichen Sinn, vielmehr habe man ein besonderes Modell. Dies sei im Sinne der Stadt. Daher könne die SPD-Stadtratsfraktion der Neuvergabe der Wasserkonzession zustimmen.

Ratsmitglied Kautzmann war der Meinung, dass die Vergangenheit gezeigt habe dass es keinen Grund gebe, an der Qualität der Wasserversorgung zu zweifeln. Die Stadt sei bei der Energie Südwest hier in guten Händen.

Bürgermeister Hirsch stellte klar, dass nur die Ausführung der Wasserversorgung privatisiert sei. Die Wasserversorgung an sich sei nach wie vor Aufgabe der Stadt.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

der Vergabe der Wasserkonzession für das Gebiet der Stadt Landau in der Pfalz an die EnergieSüdwest AG mit Sitz in Landau in der Pfalz ab dem 1. Juli 2012 in der beigelegten Fassung samt Anlagen zuzustimmen.

Weiter stimmt der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz der Übertragung der Aufgabe der Wasserversorgung von der Stadt Landau in der Pfalz auf die EnergieSüdwest AG als privaten Dritten zu und ermächtigt die Stadt Landau in der Pfalz zur Einholung der Genehmigung nach § 46a Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz bei der dafür zuständigen Behörde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Anhebung Wasserpreis durch die Energie Südwest AG

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Stadtholding vom 17. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob es möglich sei zunächst nur die jetzige Stufe der Preiserhöhung zu beschließen und 2013 neu über die zweite Stufe zu entscheiden.

Bürgermeister Hirsch erwiderte, dass dies zwangsläufig so sei. Wenn man 2013 merke, dass die zweite Stufe nicht nötig sei, dann werde man diese schon allein aufgrund der gesetzlichen Grundlagen auch nicht umsetzen.

Ratsmitglied Dr. Migl wunderte sich, dass nur eine Information erfolge und das ganze nicht zur Abstimmung stehe.

Bürgermeister Hirsch stellte klar, dass man dies im Stadtrat so beschlossen habe und so sei es.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Generationenübergreifende Bewegungsplätze auf Gartenschau-Gelände

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 8. Juni 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. Man schlage die Schaffung eines generationenübergreifenden Bewegungsplatzes auf dem Gelände der Landesgartenschau vor. Die Landesgartenschau-Gesellschaft solle entsprechende Konzepte vorlegen und die Jugend- und Seniorenverbände bei der Konzeptionierung einbinden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Aufsichtsrat am 16. Juni genau dies schon beschlossen habe. Solche Spielplätze seien durchaus auf der Höhe der Zeit. Allerdings seien die Gespräche bereits in diese Richtung geführt. Es gebe hier schon viele Vorschläge. Da der Aufsichtsrat dies schon beschlossen habe, sei eine Abstimmung im Grunde nicht mehr möglich und nötig.

Ratsmitglied Dr. Kopf wies auf den ausgeteilten Bericht des Oberbürgermeisters zur Landesgartenschau hin. Dort stehe es schon schwarz auf weiß drin. Die SPD finde diese Idee grundsätzlich gut. Es mache aber keinen Sinn, dies in dieser Form zu betreiben und zu beschließen. Er bitte daher die CDU-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde an einer Abstimmung nicht teilnehmen.

Ratsmitglied Morio stellte klar, dass dieses Thema erst letzte Woche, also nach der Antragstellung im Aufsichtsrat behandelt worden sei. Vorher habe es nirgends gestanden und sei auch nirgends besprochen worden. Beschlossen sei es aber nicht worden. Er bitte, über diesen Antrag abzustimmen.

Ratsmitglied Schröder fand den Antrag ja inhaltlich richtig. Allerdings halte sie den Stadtrat hier für das falsche Gremium.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass Einigkeit bestanden habe, die Landesgartenschau nicht auf eine politische Ebene zu heben. Der Antrag liege vor und sei auch inhaltlich korrekt. Daher könne man darüber abstimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstützte die Ausführungen von Herrn Volkhardt. Der Antrag sollte so verabschiedet werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 24 Ja-Stimmen:

Der Stadtrat fordert die Landesgartenschau gGmbH auf, bei der Planung und Realisierung der Spiel- und Freizeitanlagen auf dem Gartenschau-Gelände generationsübergreifende Konzepte umzusetzen, so dass nicht nur Spiel- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche, sondern in Kombination dazu auch Aktionsflächen für ältere Menschen entstehen.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beteiligten sich nicht an der Abstimmung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Herstellung eines durchgängigen Gehweges

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 10. Juni 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt begründete den Antrag. Wer die Münchner Straße kenne, wisse, dass es dort bedingt durch die Kindergärten und die Paul-Moor-Schule jede Menge Verkehr gebe. Ein Privatmann hätte längst die Aufgabe bekommen, hier tätig zu werden. Die Kosten seien von der Verwaltung auf 12.000 – 15.000 Euro kalkuliert worden. Im weiteren Sitzungsverlauf verabschiedete man die Änderung der Hauptsatzung, wonach Vergaben bis zu einer Höhe von 52.000 Euro als Geschäft der laufenden Verwaltung zulässig seien. Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. Eine Gehwegverlängerung wäre im Sinne der Kinder.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es sich hier um eine Tempo 30-Straße mit mäßigem Verkehr handle. Er halte es in diesem Gebiet durchaus für zumutbar, dass Kinder und Erwachsene die Straße überqueren müssen. Wenn, dann müsste der Antrag in die Haushaltsberatungen verwiesen werden. Er plädiere dafür, den Antrag abzulehnen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erinnerte daran, dass die SPD-Stadtratsfraktion schon 2009 eine Anfrage an die Verwaltung in diese Richtung gestellt habe. Schon damals habe man von der Verwaltung die gleiche Antwort wie heute erhalten und habe dies akzeptiert. Er tue sich schwer damit, jetzt diesen Beschluss zu fassen und damit ins Bauprogramm aufzunehmen. Hierfür müsse dann etwas anderes weichen. Er schlage vor, diese Maßnahme bei der nächsten Beratung des Bauprogramms unterzubringen.

Ratsmitglied Prokop fand diese Maßnahme durchaus als wünschenswert, zur Sicherheit sei sie aber nicht erforderlich. Das Verkehrsaufkommen sei dort nicht sehr hoch. Dem Vorschlag des Bauamtes, eine provisorische Verkehrsführung für die Fußgänger zu machen, könne er nicht folgen. Er halte dies nicht für sinnvoll. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schröer sah ebenfalls keine Notwendigkeit für die Verlängerung dieses Gehweges. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Volkhardt teilte mit, dass auch die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag ablehne. Der Antragsteller könne das evtl. noch mal bei den Beratungen des Nachtragshaushaltes einbringen.

Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass dieser Antrag zeige, welche Begehrlichkeiten durch die wiederkehrenden Beiträge geweckt würden. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ebenfalls ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich bei 2 Ja-, 34 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 10. Juni 2011, im Bereich der Einmündung Münchner Straße/Helmbachstraße am südlichen Ende des Grundstückes der Stadtkapelle Landau den bis zur Grundstücksgrenze bereits vorhandenen Gehweg durchgängig zu verlängern, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Uta Stenger

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 25. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Frau Uta Stenger, Berliner Straße 7, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im gesellschaftlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Kontrollprüfung im Anschluss an die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Landau; Prüfungsmitteilungen vom 22. Februar 2008

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Hauptamtes vom 8. Juni 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es gehe mit dieser Vorlage heute nur um eine Information. Die Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Punkten werde im nächsten Stadtrat im August beraten.

Der Rechnungshof bescheinige der Verwaltung im gesamten eine tadellose Arbeit. Natürlich müsse man über einzelne Punkte reden, wobei einiges auch politisch entschieden werde. Er habe die Bitte, dies heute nur zur Kenntnis zu nehmen und die Diskussion dann am 23. August im Stadtrat zu führen.

Ratsmitglied Heuberger zeigte sich irritiert, dass von 70 ursprünglich angesprochenen Punkten 17 nicht erledigt seien. Natürlich seien einige Dinge politisch entschieden und auch so gewollt. Insbesondere bei der DV-Abteilung seien Erledigungsvermerke gemeldet worden, was offenbar nicht stimme wie beispielsweise bei der IT-Dokumentation. So liege keine Dienstvereinbarung für den IT-Einsatz vor, es fehlten Stellenbewertungen. Man habe schon sehr viele Kosten bei der Datenverarbeitung produziert, ohne dass eine Rationalisierung erreicht worden sei. Bei der DV-Abteilung sei noch einiges an Nacharbeit nötig. Die CDU-Stadtratsfraktion erwarte bis August die Erledigung der offenen Punkte insbesondere bei der IT-Sicherheit. Ferner wolle man Aufklärung, in wessen Verantwortung die falschen Erledigungsvermerke fallen.

Ratsmitglied Eisold war der Auffassung, dass erst noch die Stellungnahme der Verwaltung nötig sei um eine Einschätzung vornehmen zu können. Erst wenn diese Stellungnahme vorliege, sei eine Bewertung der beanstandeten Punkte möglich.

Ratsmitglied Brunner schloss sich den bisherigen Ausführungen an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden aber den verwaltungsinternen Controllingbericht vermissen. Dieser sei in regelmäßigen Abständen zugesagt worden.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass es auffallend viele Bemerkungen des Rechnungshofes seien. Er sei gespannt auf die Stellungnahme der Verwaltung hierzu.

Ratsmitglied Silbernagel sah in diesem Kontrollbericht keine Unterlage zum Weglegen. Mit einer Bewertung sollte man warten, bis die Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Ratsmitglied Marquardt stellte fest, dass die Verwaltung ihre Zusage der Mängelbeseitigung nicht eingehalten habe. Dadurch entstehe der Eindruck, dass der Rechnungshof von Teilen der Verwaltung nicht ernst genommen werde.

Der Vorsitzende stellte noch mal klar, dass die Verwaltung insgesamt eine hervorragende Arbeit mache. Dies lasse er sich hier nicht schlecht reden. Natürlich stelle sich die Verwaltung der Kritik und habe auch intern das nötige veranlasst. Im Schwerpunkt werde man im August dann auch die DV-Abteilung darstellen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 8. Juni 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Gewerbepark "Am Messegelände"

Auffüllung der Grundstücksbereiche III 1, III 2 und III 3 mit rd. 18.000 m²

Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 9. Juni 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt bat darum darzustellen, um welche Grundstücke es hier gehe.

Herr Messemer erläuterte, dass es um Grundstücke südlich der Marie-Curie-Straße gehe.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, ob es eine Überprüfung hinsichtlich von Kontaminationen gegeben habe.

Herr Messemer entgegnete, dass diese Grundstücke alle bisher landwirtschaftlich genutzt worden seien.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Ergebnishaushalt im Vorgriff auf den 2. Nachtrag in Höhe von 131.000,00 Euro.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Änderung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 16. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio kritisierte, dass die Vorlage ohne Hinzunahme der Satzung kaum zu verstehen sei. Er rege an, zukünftig eine Synopse mit der Darstellung der Änderungen zu machen. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße, dass die Höhe des Verdienstausfalles gedeckelt werde und stimme der Änderung der Hauptsatzung zu.

Ratsmitglied Dr. Migl fand den Betrag von 25 Euro für ziemlich gering. Da dies aber offenbar mehrheitsfähig sei, sei die Deckelung in Ordnung. Nicht einverstanden sei man aber mit den Regelungen zur Vergabe von Lieferungen und Leistungen. Sie halte es für wichtig, dass die Gremien hier beteiligt werden. Das könne nicht Geschäft der laufenden Verwaltung sein. Wegen dieser Regelung werde man die Sitzungsvorlage ablehnen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 24. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Brunner regte an, noch mal ein Treffen mit Vertretern der Fraktionen und dem Hauptamt zu machen, um grundsätzlich den Versand der Unterlagen zu besprechen.

Ratsmitglied Freiermuth bat darum, die per E-Mail versandten Unterlagen komplett also mit Anhängen zu verschicken.

Ratsmitglied Silbernagel fand den elektronischen Versand ebenfalls für gut. Er bitte aber darum, zu gegebener Zeit die Einsparungen der Verwaltung darzustellen.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es grundsätzlich gut, dass jeder jetzt Einblick auch in die nichtöffentlichen Teile der Niederschrift bekomme. Es sei aber nicht gut, dass jetzt jeder gezwungen werde am elektronischen Versand teilzunehmen. Dies sei eine Form von Diktatur und undemokratisch, es nicht mehr per Papier zu machen.

Ratsmitglied Eisold lobte die Verwaltung für das eingeführte System. Er komme sehr gut damit zurecht und er komme wesentlich früher an Informationen als früher.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Geschäftsordnung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Änderung der Vergnügungssteuersatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 24. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Messemer gab weitere Erläuterungen. Die Vergnügungssteuer sei eine Aufwandssteuer, die nicht der Umsatzsteuer gleich kommen dürfe. Ansonsten wäre sie verfassungswidrig. Diese Satzung sei in einer Arbeitsgruppe des Städtetages ausgearbeitet worden. Bundesweit lägen die Sätze zwischen 10 und 13 %.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass er bei seiner Recherche nur die Stadt Trier mit 12 % gefunden habe. Ansonsten habe er in Rheinland-Pfalz keine Werte von 12 % gefunden. Er halte es für vertretbar, einen Satz von 15 % festzulegen und frage, warum man das nicht mache. 15 % halte er für richtig und auch für vertretbar.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, nach welchen Kriterien man Geräte ermittle die zur Darstellung von sexuellen Handlungen oder Gewalt geeignet seien.

Herr Messemer entgegnete, dass dies im Einzelfall durchaus nachprüfbar sei. Beim Steuersatz habe sich der Arbeitskreis der Steuerämter des Städtetages Rheinland-Pfalz auf den Durchschnittswert von 12 % geeinigt. Dieser Satz werde auch in Speyer, Neustadt und Trier angewandt.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass durch einen höheren Steuersatz auch eine Lenkungswirkung eintreten würde. Man habe ja mittlerweile eine Invasion an Spielgeräten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaket im Rahmen der Änderung des Sozialgesetzbuches II; Erweiterung der Schulsozialarbeit

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 9. Juni 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage. Landau werde mit etwa 10.000 Euro monatlich an den Zahlungen des Landes für die Aufgaben des Bildungs- und Teilhabepakets partizipieren. Am 6. Juni ging der Brief des Landes mit der tatsächlichen Größenordnung bei der Stadt ein. Zugleich seien rückwirkend 40.000 Euro für den Zeitraum seit Jahresanfang angewiesen worden. Damit könne man 2 zusätzliche Stellen in der Schulsozialarbeit schaffen und entsprechend ausstatten. Wenn man das nicht mache, werde das Geld verfallen. Die Schulsozialarbeiter wolle man in das Konzept der Gemeinwesenarbeit integrieren. Es sollen zusammen mit den Schulen Module erarbeitet werden, um diese dann bedarfsorientiert anbieten zu können. An den unterschiedlichen Schulen gebe es natürlich auch unterschiedliche Bedarfssituationen. Die Stellen seien zunächst auf 2 Jahre befristet. Dann werde aus fachlichen Gründen noch mal überprüft.

Ratsmitglied Eisold sah in diesen zusätzlichen Stellen einen wichtigen Schritt für die Schulen. Er hätte sich aber gewünscht, dass man erst das Konzept erarbeite und dann die einzelnen Schritte umsetze. Dies wäre seiner Auffassung nach besser. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage dennoch zustimmen.

Ratsmitglied Müller erklärte, dass das Konzept grundsätzlich zu begrüßen sei. Wichtig wäre es, eine Einbindung und Verknüpfung mit den stadtteilbezogenen Konzepten herzustellen. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller wollte wissen, wo die beiden Schulsozialarbeiter erreichbar seien.

Bürgermeister Hirsch antwortete, dass diese beim Jugendamt angegliedert werden.

Ratsmitglied Herdel war der Meinung, dass dies eine gute Sache sei. Er erwarte positive Aspekte. Im Jugendhilfeausschuss sollte das Gesamtkonzept vorgestellt und erläutert werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage ebenfalls zustimmen.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass das Konzept gemeinsam mit Ehrenamtlichen und Betroffenen erarbeitet werden solle. Dies werde in der zweiten Jahreshälfte passieren und dann werde man es selbstverständlich auch im Ausschuss vorstellen und diskutieren.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann fragte, ob die Schulen überhaupt Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit hätten.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass sie Erfahrung zeige, dass dort, wo Bedarf sei, auch immer ein Raum vorhanden sei.

Ratsmitglied Freiermuth bestätigte dies. Es sei natürlich Raum vorhanden für die Schulsozialarbeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die zweckgebundenen Zuweisungen nach § 46 SGB II für die Erweiterung der Schulsozialarbeit werden für die Einrichtung von 2 Vollzeitstellen für „Mobiles Soziales Lernen“ an Schulen



verwendet. Die Stellen werden im Vorgriff auf den Nachtragshaushaltsplan bereits jetzt beim Jugendamt eingerichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "C 29 A - Studentenwohnen"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. April 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte wissen, ob der dortige Autohandel bestehen bleibe.

Herr Messemer entgegnete, dass nach seinen Informationen der Autohandel bestehen bleibe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für das in der Anlage 2 umgrenzte Gebiet in der Gemarkung Landau, zwischen der Neustadter Straße, der August-Croissant-Straße und der Thomas-Nast-Straße wird für die Errichtung von Studentenwohnheimen gemäß § 12 Abs. 2 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 29 A - Studentenwohnen“ aufgestellt.**
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C29 A – Studentenwohnen“ wird gem. § 13a BauGB im „beschleunigten Verfahren“ aufgestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs 4 BauGB aufgestellt wird.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, den gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrag zur Planung und Erschließung des Vorhabens vorzubereiten.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses der 11. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes C 29

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. April 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die in der Sitzung des Stadtrates am 29.06.2010 für das in der Anlage umgrenzte Gebiet (Gemarkung Landau, nördlich der August-Croissant-Straße, westlich der Thomas-Nast-Straße und östlich der Neustadter Straße) beschlossene Aufstellung der 11. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C 29 wird aufgehoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Fortschreibung des Bauprogramms 2010 - 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. April 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Zandonella erkundigte sich nach dem Sachstand in der Gerberstraße/Kronstraße. Ihn interessiere, ob es bei den derzeitigen Maßnahmen bleibe oder noch ein weiterer Ausbau erfolge.

Herr Bernhard entgegnete, dass dies abhängig sei vom Bewilligungsbescheid des Landes zum Programm Aktive Stadtzentren. Er gehe davon aus, dass dies Mitte 2012 der Fall sein könnte. Genau könne man es aber nicht sagen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Dem geänderten Bauprogramm 2010 – 2013 (Prioritätenliste) wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 16. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung als Satzung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Erlass einer Fälligkeitensatzung des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 16. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Entwurf der Satzung über Abrechnungszeitraum und Fälligkeit öffentlicher Abgaben (Fälligkeitensatzung) als Satzung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen dem "Gewerbepark Am Messegelände" und dem "Wohnpark Am Ebenberg" (Brücke Ost)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Diese Brücke sei Bestandteil der Planung für die Landesgartenschau gewesen. Die positiven Argumente würden in der Abwägung überwiegen. Es gehe nicht nur um die Anbindung der Fußgänger an das Gartenschau Gelände, sondern letztlich auch um die Anbindung an das Radfahrernetz. Die Zuschüsse des Landes seien zugesichert. Der Jury hätten vier völlig unterschiedliche Entwürfe vorgelegen, die alle im Kostenrahmen gewesen seien. Letztlich habe die Jury zwei Entwürfe ausgewählt. Es gehe heute nur um einen Grundsatzbeschluss des Rates, damit man diese beiden Entwürfe vorantreiben könne. Der Kostenrahmen sei dabei zwingend einzuhalten. Nach der sitzungsfreien Zeit solle dann eine Entscheidung für eine der beiden Entwürfe getroffen werden.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Bei einer Ortsbegehung der SPD-Fraktion in der Südstadt sei deutlich geworden, dass den Bürgern diese Brücke wichtig sei. Gerade für die Bewohner der Südstadt und des künftigen Wohnparks Am Ebenberg ergebe sich eine attraktive Alternative zum Autoverkehr. Die Brücke sei eine wichtige Ost-/Westverbindung nicht nur für den lokalen Verkehr. Natürlich sei die Brücke auch von großer Bedeutung für die Landesgartenschau. Er sehe in der Holzbrückenvariante eine interessante Gestaltungsvariante. Es gehe aber darum, die Kosten im Blick zu haben.

Ratsmitglied Eichhorn stimmte für die CDU-Stadtratsfraktion dem Grundsatzbeschluss ebenfalls zu. Da ja noch zwei Entwürfe im Rennen seien, bleibe es ein schwebendes Verfahren. Es sei ein sauberes Beurteilungs- und Auswahlverfahren gewesen. Er gebe zu bedenken, dass sich die Frage des Kosten-/Nutzenfaktors letztlich auf Jahrzehnte stelle. Letztlich sei durch die Brücke auch eine sichere Querung der Bahnlinie gewährleistet.

Ratsmitglied Brunner begrüßte den Neubau der Radfahrer- und Fußgängerbrücke ausdrücklich. Für die Grünen sei sie eine tolle Ergänzung für Fußgänger und Radfahrer in Ost-/ West-Richtung.

Ratsmitglied Volkhardt teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion dem Beschluss ebenfalls zustimme. Der Nutzen der Brücke sei eindeutig und dies nicht nur für die Landesgartenschau. Er teile die Auffassung des Oberbürgermeisters, dass die Holzbrücke einen gewissen Charme habe. Dies gelte aber auch für den zweiten Entwurf. Letztlich werde sicher die Frage der Folgekosten das entscheidende Kriterium sein.

Ratsmitglied Silbernagel bezeichnete den Neubau dieser Radfahrer- und Fußgängerbrücke als Weg in die richtige Richtung. Entscheidend sei für ihn die Frage der Folgekosten, die in jedem Falle anfallen würden. Die FDP habe die eindringliche Bitte, sich über die Lebensdauer und die Unterhaltungskosten von Holzbrücken zu informieren. Dem Grundsatzbeschluss werde die FDP-Stadtratsfraktion zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt sah die Notwendigkeit der Brücke nur für die 6 Monate Landesgartenschau. Dann stelle sich natürlich schon die Frage nach den Kosten. Nach der Landesgartenschau könne die Route wieder über das Kohlelager geführt werden, so dass diese Brücke dann überflüssig sei. Vor diesem Hintergrund sei die Umsetzung dieser Maßnahme eine erhebliche Verschwendung von Steuergeldern. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schwarzmüller hielt diese Brücke sicherlich für wünschenswert. Allerdings seien die Kosten hierfür nicht vertretbar.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 3 Nein-Stimmen:



- 1. Dem Neubau einer Radfahrer- und Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen zwischen „Gewerbepark Am Messengelände“ und „Wohnpark Am Ebenberg“ wird vorbehaltlich der abschließenden Zustimmung zur Förderung durch das Land zugestimmt (Anlage 1).**
- 2. Der einstimmigen Empfehlung der Jury, die Brückenentwürfe der Planungsgemeinschaften BORAPA / AV1 Architekten und Obermeyer Planen + Beraten / „fresh ideas“ (Anlage 3 und Anlage 5) weiter zu verfolgen, wird gefolgt.**
- 3. Die EWL-Projektabteilung Landesgartenschau wird beauftragt, entsprechend der Empfehlung der Jury die Machbarkeit der beiden Brückenentwürfe im vorgegebenen Kostenrahmen mit Hilfe von externem Sachverstand zu überprüfen und die Ergebnisse den Gremien als Grundlage für die abschließende Entscheidung, welcher Brückenentwurf weiterverfolgt werden soll, vorzulegen (Anlage 6).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

**Lärmschutz in der Südstadt als Ordnungsmaßnahme gegen schädliche Umweltauswirkungen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd";
Gewährung von Zuschüssen an Hauseigentümer zu den Kosten für notwendige passive Lärmschutzmaßnahmen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. Mai 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl sah die Südtangente äußerst problematisch. Diese Millionenausgaben für eine Querspange könne sie nicht nachvollziehen. Der erhöhte Verkehr produziere wieder Lärm und mache Lärmschutzmaßnahmen notwendig. Besser wäre es, die Südtangente gar nicht erst zu bauen. Dies sei nicht vertretbar, daher lehne die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es ganz natürlich sei, dass ein neues Wohngebiet auch immer Verkehr anlocke. Man erwarte etwa 5 000 Bewegungen pro Tag auf dieser Straße. Deshalb sei diese Maßnahme aus Sicht der Verwaltung notwendig.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte klar, dass es hier nicht um die Südtangente gehe. Hier gehe es nur um die Stichstraße zum Erschließungskreisel zur Cornichonstraße.

Herr Eck ergänzte, dass der Begriff Südtangente für diese Straße falsch sei. Man brauche diese Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet dringend.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Den Eigentümern der in Anlage 1 aufgelisteten Gebäude werden an den anspruchsberechtigten Aufenthaltsräumen von Wohnungen Zuschüsse für notwendige passive Lärmschutzmaßnahmen aufgrund von Verkehrslärmzunahmen an bestehenden Straßen, die durch die Umsetzung des Bebauungsplanes C25 „Konversion Landau Süd / Landesgartenschau“ entstehen, gewährt.**
- 2. Der Zuschuss beträgt 50% der anerkennungsfähigen Kosten der sich aus der Planung ergebenden Schallschutzmaßnahmen. Grundlage ist die Verkehrswege-Schallschutzverordnung (24. BImSchV zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes).**
- 3. Anspruchsberechtigte müssen sich nach schriftlicher Aufforderung durch die Stadt innerhalb von 6 Monaten erklären, ob sie das Zuschussangebot wahrnehmen. Wird nach Einzelfallprüfung der Anspruch auf Zuschüsse bestätigt, sind die Maßnahmen bis zum 31.03.2014 umzusetzen und abzurechnen. Danach entfallen sämtliche Ansprüche.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Informationen Landesgartenschau

Der Vorsitzende verwies im wesentlichen auf den als Tischvorlage ausgeteilten Bericht zur Landesgartenschau.

Mit dem ersten Spatenstich habe die Erschließung und Entwicklung des Kasernengeländes begonnen. Alle Planungen seien nach wie vor nicht abschließend, wie beispielsweise der interkulturelle Garten zeige. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung werde man natürlich noch alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden. Man werde aber nicht alle Anregungen realisieren können.

Noch nicht umgesetzt habe man den Controllingbericht, da es hier derzeit einen personellen Engpass in der Kämmereiabteilung gebe. Dies werde man in der nächsten Ratssitzung nachliefern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass der 1. Nachtragshaushalt 2011 von der ADD genehmigt worden sei. Bezüglich der SPD-Anträge zu den Straßenbeschilderungen und zur Erarbeitung eines Festungsrundganges sei die Verwaltung im Moment intern in Beratungen. Hier arbeite man auch mit Blick auf die Landesgartenschau an einem Gesamtkonzept.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte eine Anfrage zum Brand in der Kronstraße. Sie sei von Bürgern angesprochen worden, dass die Polizei sehr schnell vor Ort gewesen sei, die Feuerwehr aber nicht. Es habe wohl über eine halbe Stunde gedauert. Sie wolle wissen, wie lange es gedauert habe bis die Feuerwehr vor Ort gewesen sei.

Der Vorsitzende wies dies zurück, ein Gerücht lasse sich aber offenbar nicht so schnell ausräumen. Es sei alles genauestens dokumentiert und darüber könne auch informiert werden. Die Feuerwehr sei mit Sicherheit sehr schnell vor Ort gewesen, auf jeden Fall innerhalb von 8 Minuten. Als Stadt könne man niemanden zwingen, die Angebote eines Sanierungsgebietes anzunehmen. Dies sage er mit Blick auf die jüngste Berichterstattung in der Presse.

Herr Hargesheimer könne in der nächsten Sitzung aber gerne berichten.

Ratsmitglied Schwarzmüller bestätigte die Aussagen von Frau Dr. Migl. Sie selbst sei von Anfang an vor Ort gewesen und könne bestätigen, dass um 3.46 Uhr niemand da gewesen sei. Um 3.31 Uhr sei der Notruf bei den Maltesern eingegangen, dies könne sie belegen. Es könne nicht sein, dass nach 15 Minuten niemand da sei. Wenn man schon informiere, dann solle man bitte auch richtig informieren.

Der Vorsitzende verwahrte sich dagegen, solche Vorwürfe und Halbwahrheiten in öffentlicher Sitzung zu verbreiten. Herr Hargesheimer werde in der nächsten öffentlichen Sitzung berichten und alles genau darstellen.

Ratsmitglied Kautzmann fand das Vorgehen von Frau Dr. Migl nicht in Ordnung. Wenn man solche Aussagen wolle, dann könne man gefälligst ein paar Tage vorher bei der Verwaltung anfragen, damit diese die Antwort liefern könne.

Der Vorsitzende stellte klar, dass er keinen Grund habe, unserer Feuerwehr zu misstrauen. Da öffentlich gefragt worden sei, werde Herr Hargesheimer morgen in der Presse dazu Stellung nehmen.

Ratsmitglied Marquardt erkundigte sich nach dem Sachstand zur Kletterhalle und zum Bowlingcenter im Gewerbegebiet D 9.

Herr Messemer erläuterte den aktuellen Sachstand.



Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 21.06.2011 umfasst 31 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 219.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete